

Bern, 1/12/2003

Wachstumsschwäche der Schweiz: Ein Messproblem?

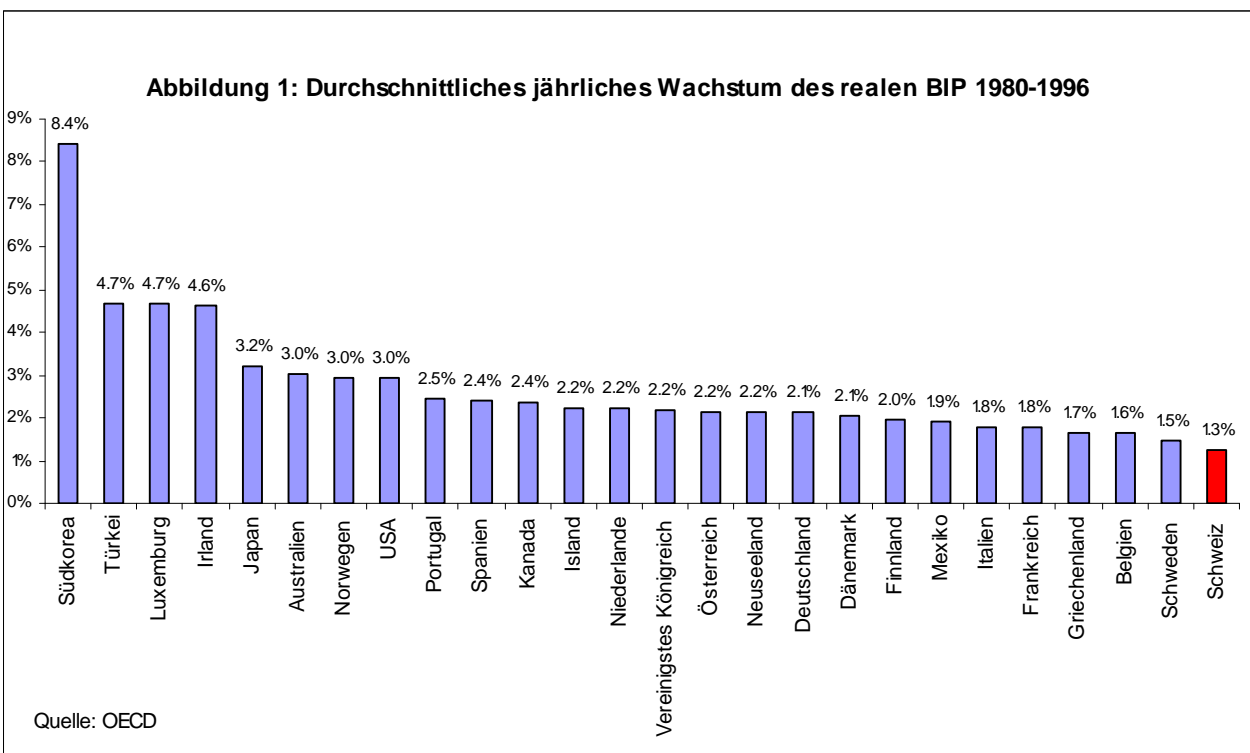
Von Christoph A. Schaltegger

Ausgangslage

Will man den wirtschaftlichen Leistungsausweis der Schweiz beurteilen, offenbart sich ein interessantes Paradoxon. Einerseits gehört die Schweiz seit 1973 zu jenen Ländern im OECD-Raum, die das geringste Wachstum des BIP aufweisen. Betrachtet man die Zeitperiode 1980 bis 1996, so beträgt das *durchschnittliche Wachstum* gerade mal 1.25 % pro Jahr. Im Vergleich dazu wuchsen die USA jährlich um 2.96 %, Deutschland um 2.12 % und Irland um 4.62 % (vgl. Abbildung 1).

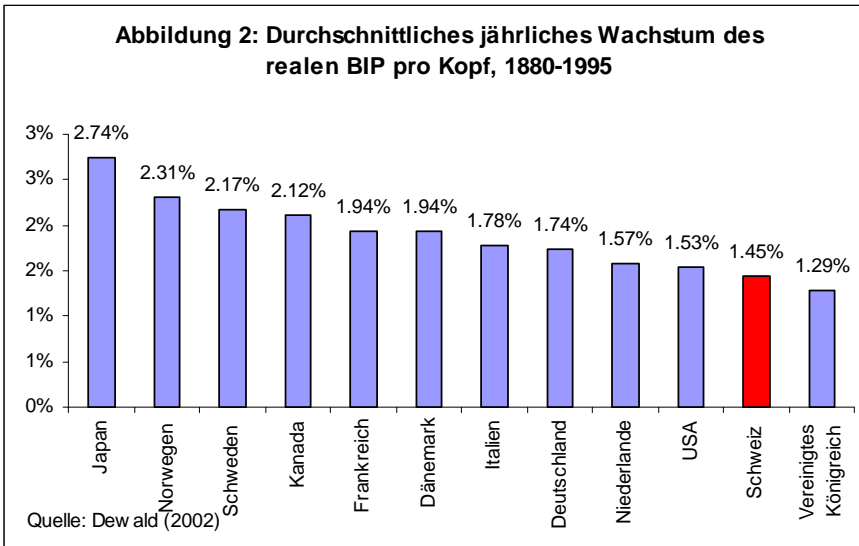
Dieses Paradoxon lässt sich auch nicht mit der sogenannten Konvergenz-These oder dem „catch-up“ Effekt erklären: In der *langen Frist* von 1880 bis 1995 war das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 1.45 % im Jahr nur unwesentlich höher und im internationalen Vergleich ebenfalls weit unterdurchschnittlich (vgl. Abbildung 2).

Da die Schweiz im 19. Jahrhundert als ein armes Land galt und ihre Wachstumsraten über die gesamte Periode betrachtet unterdurchschnittlich ausfielen, stellt sich die Frage, wie



In *kumulierten Wachstumsraten* ausgedrückt schaffte es die Schweiz von 1980 bis 2000 auf ein Wachstum von 33 %, Irland dagegen auf ein Wachstum von 186 %. Andererseits liegt der durchschnittliche Lebensstandard der Bevölkerung in der Schweiz auf einem international sehr hohen Niveau.

die Schweiz heute zu den Ländern mit dem höchsten realen Pro-Kopf-Einkommen zählen kann. Handelt es sich bei der Wachstumsschwäche der Schweiz um eine *optische Täuschung*, das heisst um ein Messproblem?



Die Messung des Wirtschaftswachstums

Die üblichen Messgrößen zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, sind die *offiziellen BIP-Zahlen der OECD*. Diese Daten sind international standardisiert und basieren auf einer soliden theoretischen Grundlage. Trotzdem geht das von der OECD verwen-

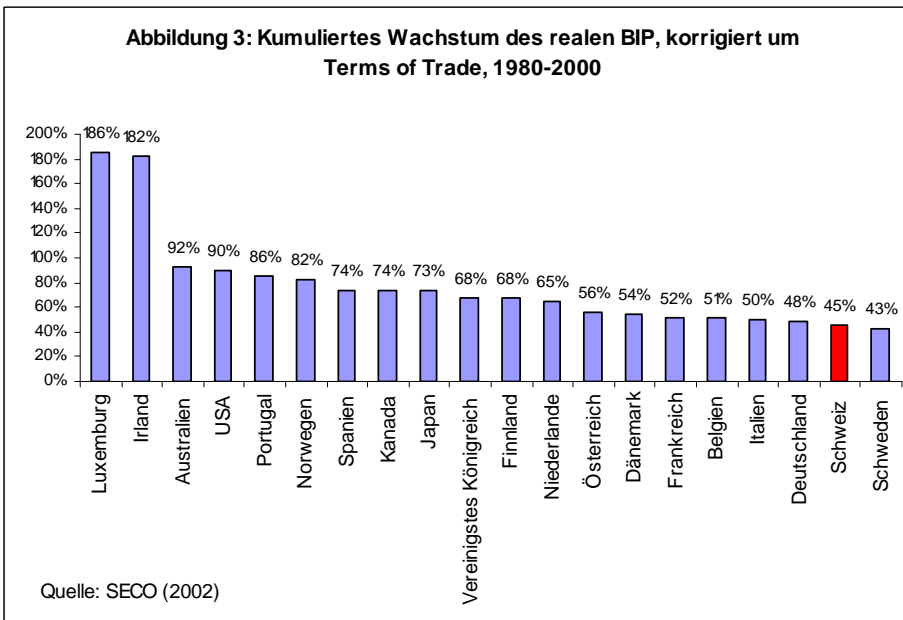
ren. Dies hatte eine Erhöhung der realen Einkommen bzw. des Wohlstands zur Folge. Nach den Berechnungen von Kohli (2002) betragen diese für die Schweiz in der Periode 1980 bis 2000 etwa 0.6 % des BIP pro Jahr. Für die gesamten 20 Jahre ergibt dies ein um 11 Prozentpunkte höheres BIP. Der Einwand zur Art der BIP-Berechnung von Kohli ist gerade für die Schweiz von Bedeutung. Ein Wechsel der Messmethode wirkt sich für die Wachstumszahlen der

Schweiz im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten am positivsten aus.

Wie Abbildung 3 zeigt, hat die Wahl der Messmethode aber nur einen geringen Einfluss auf die relative Position der Schweiz im absoluten Wachstumsvergleich.

2. Ein weiterer Einwand betrifft die Kaufkraft-

parität. Eine Beschränkung der BIP-Korrektur um die Veränderung der Terms of Trade vernachlässigt den Binnenmarkt der betrachteten Länder. Das BIP nach Kaufkraftparität vergleicht den Preis eines von der OECD zusammengestellten, standardisierten Waren- und Dienstleistungskorbs in den verschiedenen Währungen. Anhand der Kaufkraftparität kann der effektive Lebensstandard in die BIP-Berechnungen

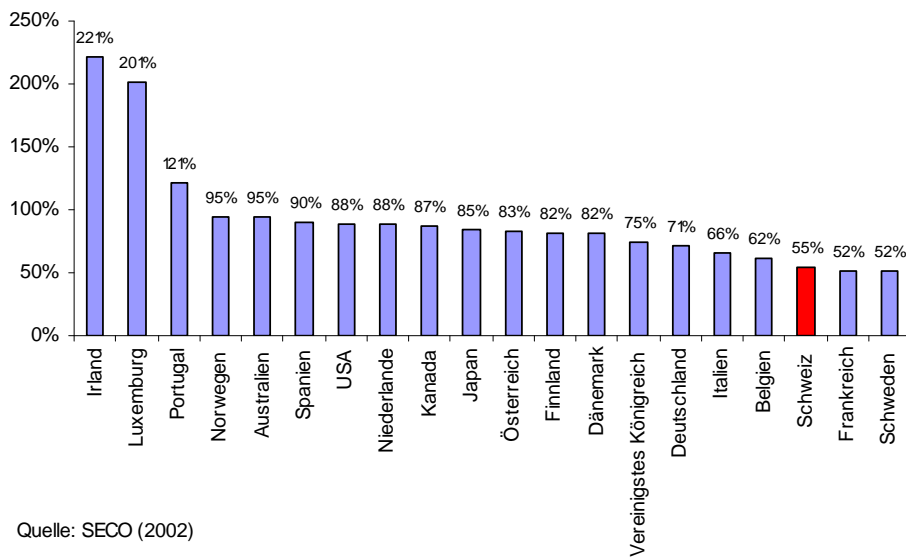


dete Messverfahren von gewissen Annahmen aus, die mit Recht hinterfragt werden können.

1. *Verbesserung der realen Austauschverhältnisse*: Kohli (2000) argumentiert, das Problem der BIP-Berechnung nach OECD-Definition liege darin, dass die realen Austauschverhältnisse, die sogenannten terms of trade, nicht berücksichtigt würden. Die Terms of Trade haben sich zwischen 1980 bis 2000 für die Schweiz um rund 35 % erhöht. Importe in die Schweiz wurden relativ günstiger, bzw. für eine bestimmte Exportmenge kann heute einiges mehr eingeführt werden als vor 20 Jah-

einfließen. Andererseits lassen sich Qualitätsunterschiede der Produkte im repräsentativen Warenkorb nur ungenau berücksichtigen. Die Verwendung des kaufkraftbereinigten BIP ergibt für die Schweiz eine weitere Verbesserung ihrer Position gegenüber den anderen OECD-Staaten (vgl. Abbildung 4). Trotzdem ändert auch diese alternative Messmethode nichts daran, dass die Schweiz eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate ihrer Wirtschaft im internationalen Vergleich aufweist.

Abbildung 4: Kumuliertes Wachstum des realen BIP, korrigiert um Kaufkraftparität, 1980-2000

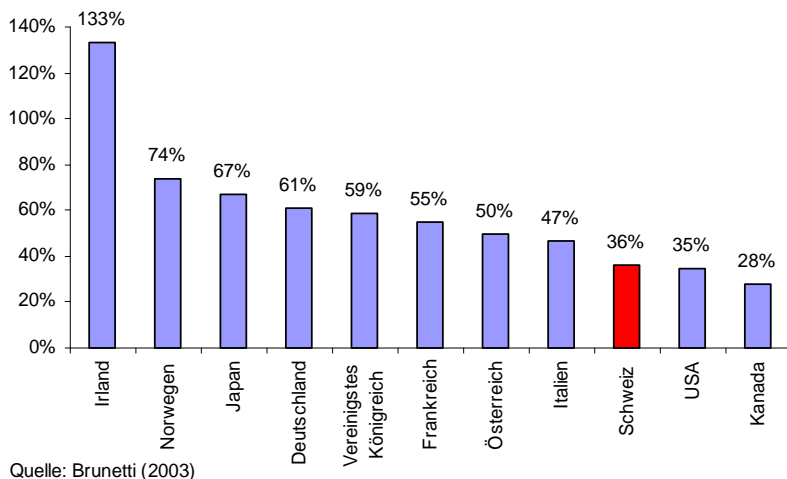


3. *Hohe Stundenleistung:* Ausserdem wird eingewendet, dass das BIP pro tatsächlich geleisteter Arbeitsstunde und nicht das BIP pro Erwerbstätigen die entscheidende Grösse zur Messung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist (*Arbeitsproduktivität*). Dieser Einwand ist gerade für die Schweiz von Bedeutung, denn aufgrund ihres vergleichsweise flexiblen Arbeitsmarkts und des hohen Arbeitseinsatzes verzeichnet sie mit ca. 80 % eine weit überdurchschnittliche Erwerbsquote (In Deutschland liegt die Erwerbsquote bei ca. 65 %, in Frankreich bei ca. 60 % und in den

4. *Immaterielle Investitionen:* Schliesslich liegt ein Problem in der statistischen Erfassung des Wirtschaftswachstums. Die Berechnung des Schweizer BIP zieht Investitionen in Computer-Programme und Patente als Kosten ab. In den anderen europäischen Ländern und in den USA werden diese Investitionen als Wertschöpfung verbucht. Gemäss Kappler (2003) würde alleine diese statistische Umstellung eine Veränderung der jährlichen Wachstumsrate von 1980 bis 2000 von durchschnittlich 1.45 % auf 1.75 % bewirken.

tivität einige Änderungen in der Rangliste verursacht. Die USA und Kanada weisen nun plötzlich ähnliche Wachstumsraten auf wie die Schweiz. Als klassische Immigrationsländer konnten diese Länder aber im Gegensatz zur Schweiz das BIP-Wachstum über den Zuwachs an Arbeitskräften generieren. Insgesamt fällt das Wachstum der Wirtschaftsleistung der Schweiz auch in diesem Vergleich unterdurchschnittlich aus.

Abbildung 5: kumuliertes reales Wachstum der Arbeitsproduktivität pro Stunde, korrigiert um Terms of Trade, 1980-2000



USA bei ca. 75 %). In Abbildung 5 wird deutlich, dass die Berechnung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anhand der Arbeitsproduk-

2003). Langfristig engt diese Entwicklung den finanziellen Handlungsspielraum der Schweiz

Fazit

Wie kann die Schweiz seit Jahrzehnten eines vergleichsweise tiefes Wachstum aufweisen und trotzdem eine der höchsten Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen? Einerseits liegt dies an einem Messproblem. Die von der OECD publizierten Daten messen das Wirtschaftswachstum nach einer Methode, bei der verschiedene Aspekte für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz keine Berücksichtigung finden. Andererseits zeigt der Vergleich der verschiedenen Messmethoden, dass die Schweiz bei keinem Messverfahren über hohe Wachstumsraten in den letzten 20 Jahren verfügte (Brunetti,

ein, denn wirtschaftliches Wachstum und das Wachstum der Steuereinnahmen sind stark miteinander korreliert. In einer Position mit relativ hohem Wohlstand stellt sich daher die Frage, wie auf die kommenden Herausforderungen adäquat zu antworten ist.

Folgerungen: Beeinflussung von Wachstum

Der Wachstumsbericht des EVD (2002) sieht im *geschützten Binnenmarkt* einen Hauptgrund für die unterdurchschnittlichen Wachstumsraten der Schweiz. Internationale Preisvergleiche zeigen, dass für homogen angebotene Güter in der Schweiz zum Teil massiv höhere Preise verlangt werden (69 % für ein international homogenes Produkt wie der Big Mac im Vergleich zur USA). Brunetti (2003) fordert daher, die Innovationskraft im Binnenmarkt durch Stärkung des Wettbewerbs innerhalb der Schweiz zu erhöhen. Dazu gehört die Revision des Kartell-, Binnenmarkt- und Submissionsrechts. Die Schweiz verzeichnete im letzten Jahrzehnt eine starke Zunahme der Staatsquote. Sie erhöhte sich von 26.2 im Jahr 1980 auf 30.5 im Jahr 2000. Der *Einfluss der Staatsquote* auf das Wirtschaftswachstum ist zwar nicht eindeutig. Je nach Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft kann er positiv oder negativ sein. Gemäss Bernholz (2000) kann aber für hoch ent-

wickelte Volkswirtschaften eine negative Korrelation festgestellt werden (vgl. Anhang). Zudem und entscheidender zeigt Schneider (2000), dass die Höhe der Staatsquote einen signifikant positiven Einfluss auf das Ausmass der Schattenwirtschaft hat. Er schätzt in einer empirischen Studie, dass der Anstieg der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge zwischen 45–55 Prozent des Anstiegs der Schattenwirtschaft zu erklären vermag. Damit führt eine Erhöhung der Schattenwirtschaft zwar nicht unbedingt zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, aber zu einem Rückgang der Steuereinnahmen und zu einer unfair verteilten Steuerlast. Einige Autoren fordern daher die *Stärkung wachstumsfördernder Institutionen*. Diese schaffen Vertrauen als eine der wichtigsten Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum (für empirische Ergebnisse im internationalen Vergleich dazu vgl. Zak und Knack, 2001). In einer empirischen Analyse zeigen Feld und Savioz (1997), dass direkte Volksrechte als ein Beispiel solcher vertrauensbildender Institutionen einen positiven Wachstumsbeitrag in der Schweiz leisten können. Ähnliches gilt für den Föderalismus, wie Thiessen (2001) für einen internationalen Vergleich und Feld, Kirchgässner und Schaltegger für die Schweiz (2003) zeigen.

Literatur

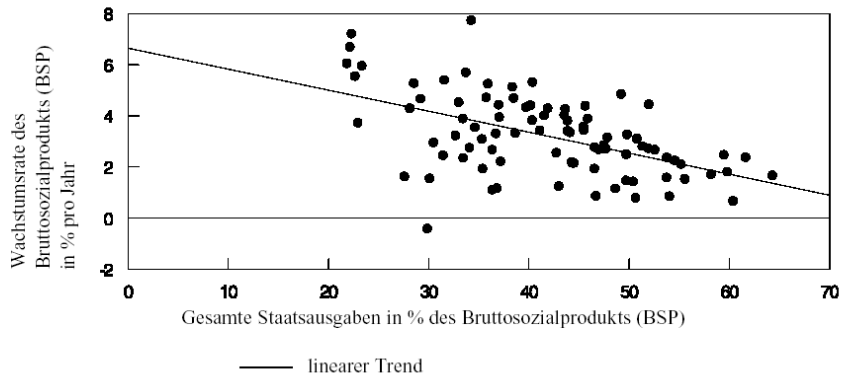
- Bernholz, P. (2000), Globalisierung und Umstrukturierung: Sind sie neu?, *Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 2000*, Universität St. Gallen.
- Brunetti, A. (2003), Hat die Schweiz ein langfristiges Wachstumsproblem?, *NZZ* 124 vom 31. Mai/1. Juni, 29.
- Dewald, W.G. (2002), Money, Prices, and Interest Rates in Industrial Countries, 1880-1995: Lessons for Today, Ohio State University.
- Feld, L.P. und M.R. Savioz (1997), Direct Democracy Matters for Economic Performance: An Empirical Investigation, *Kyklos* 50, 507-538.
- Feld, L.P., G. Kirchgässner und C.A. Schaltegger (2003), Fiscal Federalism and Economic Performance: Evidence from Swiss Cantons, mimeo University of St. Gallen.
- Kappeler, B. (2003), Die Schweiz ist reicher, als sie scheint, *NZZ am Sonntag* 13. April, 49.
- Kohli, U. (2002), Veränderung der Terms of Trade und reales BIP, *SNB Quartalsheft* 2, 54-63.
- Schneider, F. (2000), Arbeit im Schatten: Einige theoretische und empirische Überlegungen über die Schattenwirtschaft, Plenumsvortrag an der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2000 zum Thema „Beschäftigung im Vereinten Deutschland“, vom 19. bis 22.09.2000, Humboldt Universität zu Berlin, Berlin.
- SECO (2002), Wachstumsrückstand der Schweizer Wirtschaft: ein statistisches Problem?, *Wirtschaftspolitische Grundlagen*, 28-35.
- Thiessen, U. (2001), Fiscal Decentralization and Economic Growth in High Income OECD-Countries, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW.
- Zak, P.J. und S. Knack (2001), Trust and Growth, *Economic Journal* 111, 295-321.

Christoph A. Schaltegger
Eigerstrasse 65
CH-3003 Bern
Tel: ++41 31 322 73 89
Fax: ++41 31 324 92 50
Email: Christoph.Schaltegger@estv.admin.ch

Die Arbeitspapiere und Notizen widerspiegeln nicht notwendigerweise die offiziellen Positionen des Amtes, des Departements oder des Bundesrats. Für die in den Arbeiten vertretenen Thesen und allfällige Irrtümer sind ausschliesslich die Autoren verantwortlich.

Anhang

Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts (BSP) in Abhängigkeit von der Staatsausgabenquote, 1972/74-1985/89



OECD-Länder. Einschliesslich Sozialversicherungssystem. Quelle: OECD Economic Outlook. Verschiede Jahrgänge. Paris.